

Ressort: Politik

Bundesregierung bremst bei geplanter Frontex-Aufstockung

Berlin, 02.12.2018, 00:09 Uhr

GDN - Die Bundesregierung bremst beim Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache. Das geht aus einem Schreiben des Bundesinnenministeriums hervor, das über den die "Welt am Sonntag" berichtet.

Zudem äußern verschiedene EU-Diplomaten Zweifel, dass der von der EU-Kommission eingeschlagene Zeitplan für eine massive Aufstockung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex eingehalten werden sollte. Aus deutscher Sicht sei der "personelle Aufwuchs von Frontex auf 10.000 Personen bereits im Jahr 2020 äußerst ambitioniert", schreibt das Bundesinnenministerium. Diese Planung weiche zum einen von der ursprüngliche Ankündigung der Kommission in der mehrjährigen Finanzplanung ab - dort ist ein solcher Ausbau erst bis 2027 vorgesehen. Darüber hinaus stellt die Bundesregierung grundsätzliche Fragen zu der vorgesehenen Aufstockung: "Es ist auch nicht erkennbar, durch welche (neuen) Aufgabenzuweisungen für Frontex an den Außengrenzen dieser große Personalaufwuchs begründet ist." Aufgrund der "kritischen Reaktionen der Mitgliedstaaten" hält die Bundesregierung einen Kompromissvorschlag durch den Ratsvorsitz für "absehbar". Auf Anfrage erklärte das Innenministerium, man halte aufgrund der "Kurzfristigkeit" bis 2020 ein "zeitlich gestrecktes Verfahren für zielführender". Man werde sich daher "aktiv an den Verhandlungen zur Ausgestaltung der ständigen Reserve beteiligen". Zur Begründung weist man darauf hin, dass Frontex "weiterhin nur mit Zustimmung und grundsätzlich unter Anwesenheit der zuständigen Behörden" eines Mitgliedstaates tätig sein solle. Das reicht dem Innenministerium offenbar nicht aus. Ursprünglich war vorgesehen, dass Frontex künftig in einem Mitgliedsland auch ohne dessen Einverständnis aktiv werden darf. Dieser Plan ist aber gescheitert: Mehrere Staaten - vor allem jene an der EU-Außengrenze - pochen auf ihre Souveränität. EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos sagte dieser Zeitung, der EU-Außengrenzenschutz sei "von zentraler Bedeutung". Die bisherigen 1500 Grenzschützer reichten nicht aus - notwendig seien die 10.000. "Sie sollen ja nicht nur Tausende Kilometer Außengrenzen bewachen, sondern auch auf Anfrage beim Grenzschutz in Drittstaaten und bei Rückführungen tätig sein." Die Zahl sei angemessen, so Avramopoulos. "Alle EU-Länder wollen einen besseren Grenzschutz und müssen jetzt schnell und entschlossen handeln." Die migrationspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Linda Teuteberg, hält der Bundesregierung vor, notwendige europäische Reformen zu verschleppen. "In jeder Sonntagsrede verspricht die Bundesregierung einen besseren Schutz der europäischen Außengrenzen", sagte Teuteberg. "Dass die große Koalition jetzt beim lange diskutierten Aufbau des Frontex-Personals auf die Bremse tritt, ist dabei nur eine besonders peinliche Pointe." So gewinne Europa nicht die Kontrolle zurück, sondern "macht sich abhängig von der Türkei, Marokko und Libyen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116279/bundesregierung-bremst-bei-geplanter-frontex-aufstockung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com